



Bild: Attac Berlin

Wie die neoliberale Handelspolitik der EU
die sozialökologische Transformation
untergräbt

BAG Europa, 4. Juni 2024

Isolde Albrecht

Geopolitisch motivierte Handelspolitik der EU zwischen Neoliberalismus und Protektionismus



Fokus: Neoliberale Handelsabkommen der EU

Thesen

Neoliberale Verregelung durch Handelsverträge im Interesse kapitalistischer Wachstumsmaschinerie

- schafft auf völkerrechtlicher Ebene dauerhaft strukturelle Bedingungen, die sozialökologische Transformation verhindern,
- befördert u.a. neuen (postkolonialen) Extraktivismus in Ländern des globalen Südens mit fatalen Folgen.

Bilaterale Handelsverträge der EU

EU und EU-Mitgliedsstaaten sind Mitglieder der WTO.

(EU zuständig für Handelsabkommen, seit Vertrag von Lissabon auch für ausländische Direktinvestitionen.)

Vor Hintergrund stockender WTO-Verhandlungen schließt EU-Kommission seit 2006 verstärkt bilaterale Handelsverträge mit Drittstaaten ab.

Besondere Bedeutung: **Freihandelsabkommen der neuen Generation.**

Sollen **neue Stufe der Liberalisierung und Marktöffnung** einleiten und enthalten Investitionsschutzbestimmungen.

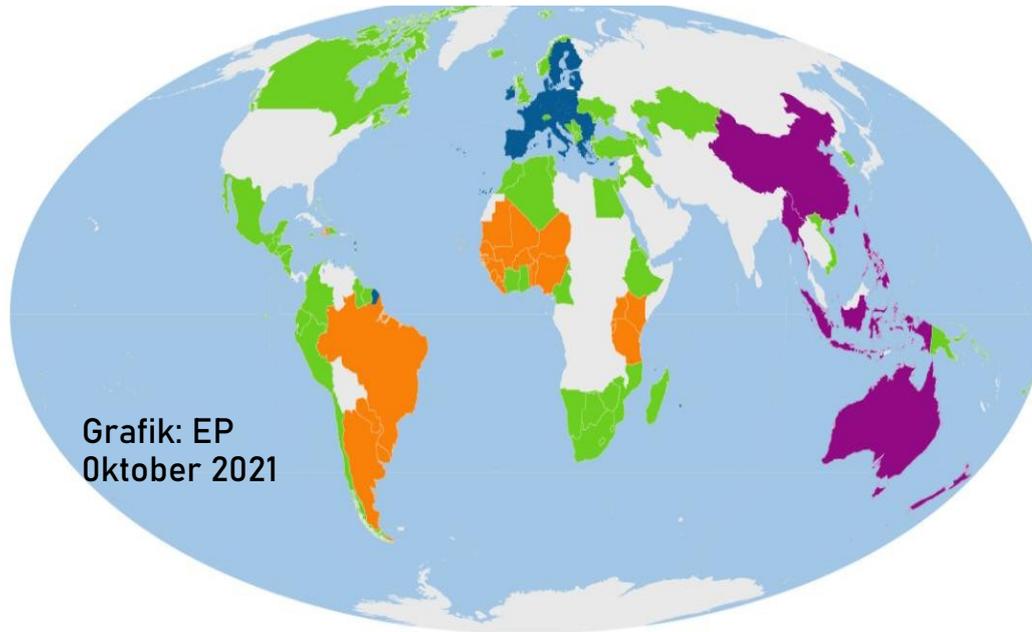
Sie integrieren Übereinkommen der WTO (GATT, GATS, TRIPS ...) inklusive Liberalisierungsregeln wie *Marktöffnung, Meistbegünstigung, Inländerbehandlung, Transparenz* und fügen neue, verschärfende Bestimmungen hinzu.

Prototyp: CETA-Abkommen mit Kanada

Weitere Abkommen dieses Typs bislang mit UK, Vietnam, Japan, Singapur, Südkorea, Neuseeland, Chile, Mexiko (in Verhandlung)

(Wichtigster Handelspartner ist China, gefolgt von USA. Seit 2020 Investitionsschutz abkommen mit China)

EU Handelsabkommen



In Kraft

In Erwartung der
Unterzeichnung/
Ratifizierung

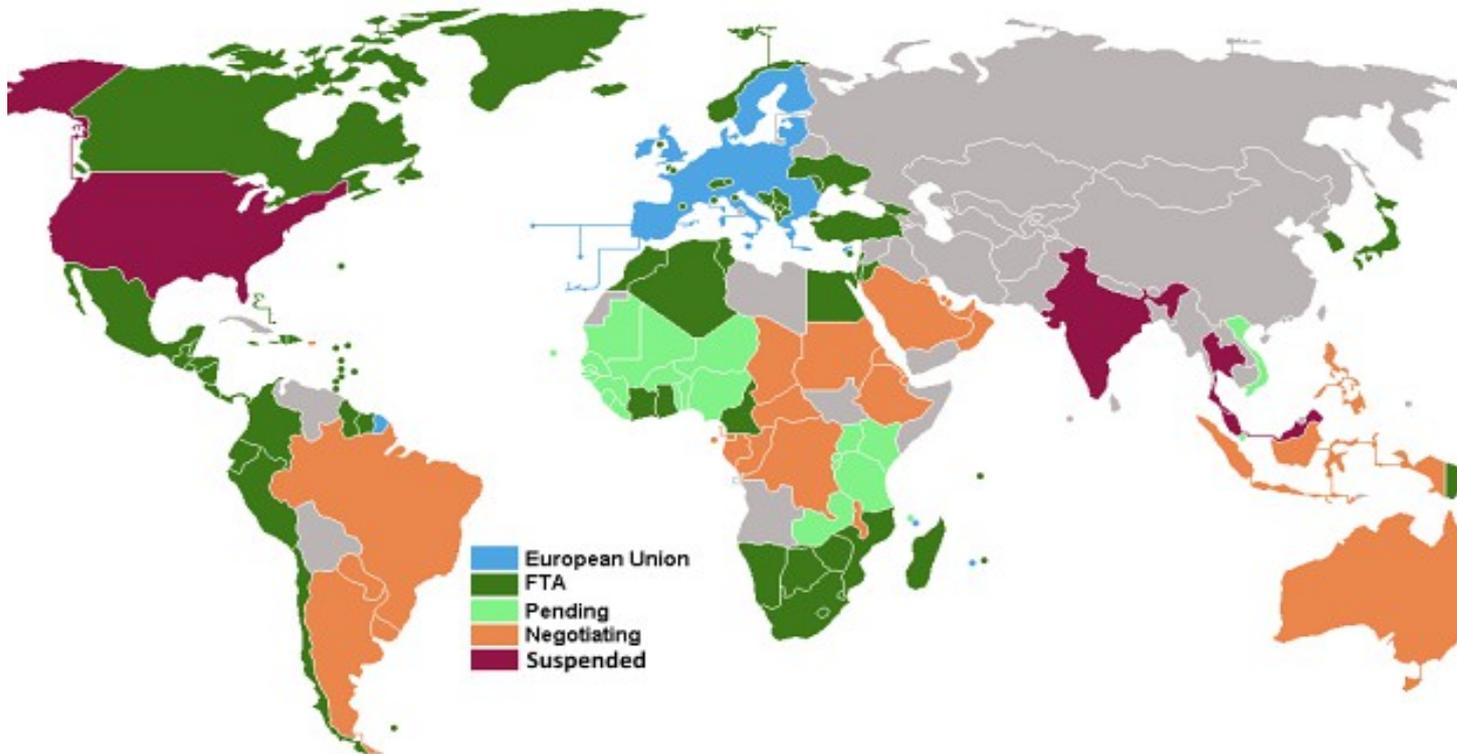
In Verhandlung

EU pflegt weltweit über 46 Präferenzabkommen mit 78 Ländern.

Misst bilateralen Abkommen wichtige strategische Bedeutung bei hinsichtlich

- der Behauptung gegen China,
- Durchsetzung einer „regelbasierten internationalen Ordnung,“
- und Reformierung der WTO.

(EU-Kommission 18.2.21)



Freihandelsregime (Werner Raza):

Zunehmend weltumspannendes neoliberales Regelwerk mit völkerrechtlicher Geltung.

Schafft einheitlichen ordnungspolitischen Rahmen für eine transnational organisierte Ökonomie, die auf Erweiterung globaler Lieferketten unter Ausnutzen niedrigst möglicher sozialer und ökologischer Standards sowie auf Liberalisierung von Kapitalflüssen und Dienstleistungen im Interesse transnationaler Konzerne setzt.

Verschärft Ausbeutung von Mensch und Natur, heizt Klimawandel an und engt demokratische Handlungsspielräume auf nationaler Ebene ein, ohne sie auf supranationaler Ebene zu erweitern.

Mit **European Green Deal** als „neuer Wachstumsstrategie“ verfolgt EU seit 2019 Zielsetzung, dem Klimawandel und ökologischen Katastrophen Rechnung zu tragen und zugleich geopolitischen Einfluss zu stärken. Verspricht „**Dekarbonisierung**“ und „**Digitalisierung**“ von Wirtschaft und Gesellschaft, *ohne* Wachstum und Ressourcenverbrauch einzuschränken.

Bilaterale Freihandelsabkommen werden Instrument, um wirtschaftliche Einflusssphären und Absatzmöglichkeiten auszubauen bzw. zu erhalten und die **benötigten Rohstoffe** möglichst billig **v.a. in Ländern des globalen Südens** zu sichern:

Abkommen mit Neuseeland, Chile, Mexiko werden neu verhandelt, gemäß CETA-Typ reformuliert und mit Rohstoffkapiteln versehen.

Anne Tittor :

Dekarbonisierung i.S. des bloßen Ersatzes fossiler Rohstoffe durch Biomasse (Soja, Palmöl ...) und kritische Rohstoffe (Erze und Metalle wie Lithium, Kupfer, Kobalt, Mangan) ist **treibende Kraft für postfossilen Extraktivismus**, vertieft die ungleiche Position der Länder im Weltsystem, steigert Ressourcenverbrauch und Landvertreibung und verschärft die sozial-ökologische Krise.

(Z.B. ist der Landverbrauch für nachwachsende Energieträger acht mal höher als der von fossilen Energien.)

Vier exemplarische Bereiche,
um am Beispiel CETA und EU-Chile zu zeigen,
wie sozialökologische Transformation
untergraben wird



Freihandelsabkommen der EU



zielen auf Liberalisierung des Handels mit Waren und Dienstleistungen, Marktöffnung öffentlicher Versorgungsleistungen **unter Zurückdrängen staatlicher Regulierung.**

Oberster Zweck: Abbau von Zöllen und „nichttarifären Handelshemmnissen“ (technische Standards, soziale und ökologische Vorschriften ...)

Unterordnung sozialer und ökologischer Ziele unter Handelsinteressen:

In jedem Vertrag **zwischenstaatlicher Streitbeilegungsmechanismus** verankert, der Sanktionen wie Strafzölle verhängen kann.

Schützt Liberalisierungsziele und Handelsvereinbarungen, auch Vereinbarungen zu fossilen Energien

Hingegen

sind Vereinbarungen zu Menschenrechten und Nachhaltigkeitszielen wie Klimaziele, Übereinkommen zum Schutz der Artenvielfalt, ILO-Arbeitsnormen i.d.R. nicht sanktionsbewehrt.

Keine Regelung zur Minderung des Handels mit klimaschädlichen Produkten, keine Ausnahme vom Investitionsschutz.

Nur Abkommen mit Neuseeland ermöglicht in geringen Umfang, Verstöße gegen ILO Arbeitsnormen und Pariser Klimaabkommen durch Handelsinstrumente zu bestrafen.

Living Agreement – Ausschüsse vs. parlamentarischer Demokratie



Fortlaufender Abbau von „Handelshemmnissen“
ohne parlamentarische Beteiligung in intransparent arbeitenden Ausschüssen

Angleichung bzw. wechselseitige Anerkennung ungleicher Schutzstandards mit **völkerrechtlicher Geltung und EU-rechtlicher Konsequenz**

z.B. bei CETA

Anheben der Grenzwerte für Glyphosat sowie Anerkennung unterschiedlicher Standards für Importkontrolle in Ausschuss für gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen (SPS-Ausschuss)

Gemischter CETA-Ausschuss (Joint Committee) mit **9 Sonderausschüssen**, zusammengesetzt aus Vertreter*innen der kanadischen Regierung und der EU-Kommission, kann *ohne parlamentarische Beschlüsse* Vertrag auslegen, Vertragsteile ändern, Begriff des „Geistigen Eigentums“ erweitern, Änderungen im Kapitel „Handel und Arbeit“ vornehmen ...

Bei **EU-Chile-Abkommen** erfüllen ein **Gemischter Rat** (aus Vertreter*in der „Ministerebene“ von Chile und der EU-Außenminister) sowie ein und **Gemischter Ausschuss** mit Unterausschüssen diese Funktionen

Sonderklagerechte für ausländische Investoren

Investitionsschutzkapitel räumen ausländischen Investoren einseitige Klagerechte gegen Gaststaaten ein.



Schützen auch Investitionen in fossile Energien.

Basis der Rechtsprechung sind *nicht* parlamentarisch beschlossene Gesetze, sondern **Investitionsschutzkapitel der Handelsverträge**, die mit unbestimmten Begriffen wie „gerechte und billige Behandlung“ operieren.

„**Gericht**“: Dreiköpfiges Schiedstribunal mit Berufungsinstanz:

„**Investitionsgerichtssystem**“, **ICS**, das von Gemischten Ausschüssen installiert wird

Geplant: „**Multilateraler Investitionsgerichtshof**“, **MIC**, als dauerhafte Paralleljustiz geplant.

Bemerkenswert: EGH hat 2018 Klagemöglichkeiten zwischen EU-Staaten (Intra-EU-BITs) gekippt. Gegen rohstoffreiche Drittstaaten lässt man aber ISDS-Klagen zu.

Chile und Mexiko sind als rohstoffabbauende Länder besonders bedroht, zumal im Rohstoffkapiteln umweltpolitische Leistungsanforderungen an Investoren verboten sind.

Liberalisierungspflicht für kommunale Dienstleistungen und öffentliche Beschaffung



Beschaffungskapitel bei CETA, EU-Chile u.a. Abkommen verpflichten zur Ausschreibung öffentlicher Aufträge im gesamten Vertragsgebiet.

Niedrige Schwellenwerte

(Baumaßnahmen ab 6 Mio €, Dienstleistungen und Waren ab 116.000 €)
Auftragsvergabe nach Preis, Verbot regionaler Kriterien.

Ökologische und soziale Erwägungen dürfen nur berücksichtigt werden, wenn sie „diskriminierungsfrei“ sind und keine „verschleierte Beschränkung des Handels“ darstellen.

Großer Wirtschaftsbereich, (z.B. in Deutschland ca. 15 % des BIP)

Bundesumweltamt sieht in öffentlicher Beschaffung wichtigen Ansatz für soziales und ökologisches Wirtschaften

Energie- und Rohstoffkapitel (ERM) bei EU-Chile-Abkommen

ERM regelt nicht nur Zugang zu kritischen Rohstoffen, sondern auch zu fossilen Energien wie Kohle und Gas

Abbau „handelsverzerrender Maßnahmen:

Verbot von Import- und Exportbeschränkungen

Verbot von Import- und Exportmonopolen, auch staatlichen

Verbot der Preisregulation von Energie- und Rohstoffexporten

Verbot von Maßnahmen zur Stützung (Subventionierung) der heimischen Industrie

Marktzugang

Verbot der mengenmäßiger Beschränkung

Investitionsliberalisierung

Verbot von Leistungsanforderungen an Investoren

Verpflichtung: Ungehinderter Zugang der Investoren zu Energie- und Transport Infrastruktur

Extraktivismus



Grüner Extraktivismus ist kein Gegensatz zum sogenannten Neo-Extraktivismus, der sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Lateinamerika als hegemoniales Wirtschafts- und Entwicklungsmodell herausbildete.

Charakteristisch für den Neo-Extraktivismus der 2000er- und 2010er-Jahre sind ... die Ausbeutung und der Export von – in diesem Fall vor allem – fossilen, metallischen und mineralischen Rohstoffen und Agrargütern mit fatalen Folgen: ökologische Zerstörungen und Verschärfung sozialer Konflikte; hohe Abhängigkeiten der Staatshaushalte der Extraktionsländer von Einnahmen aus dem Rohstoffsektor infolge niedriger Wertschöpfung, die den transnationalen Konzernen hohe Gewinne sichern; die Zerstörung alternativer Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen sowie eine zunehmend gewaltvolle Durchsetzung extraktivistischer Vorhaben.

Kristina Dietz 2022 (nach M. Svampa 2019)

Literatur

Europäische Kommission (18.02.2021): Mitteilungen ... Umsetzung der Handelspolitik

https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:5bf4e9d0-71d2-11eb-9ac9-01aa75ed71a1.0003.02/DOC_1&format=PDF

Dietz, Kristina (2023) Energiewende und grüne Ausbeutung

<https://www.rosalux.de/news/id/46906/energiewende-und-gruene-ausbeutung>

Fritz, Thomas (2023): Investitionsschutz in EU-Handelsabkommen mit Chile und Mexiko

<https://thomas-fritz.org/startseite/investitionsschutz-in-den-eu-handelsabkommen-mit-mexiko-und-chile>

Fritz, Thomas (2024): Klimacheck Handelspolitik

<https://power-shift.de/klimacheck-handelspolitik-wie-klimagerecht-ist-die-europaeische-handelspolitik/>

Müller, Bettina (2023):

https://power-shift.de/wp-content/uploads/2024/04/PS_081_Guide_Handel-und-Rohstoffsicherung_v7_Web.pdf

Tittor, Anne (2023): Postfossiler Extraktivismus? In: PROKLA, 53. Jg., März 2023, S. 77-98

Umweltbundesweltamt (2023): Umweltfreundliche Beschaffung

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

Texte des CETA-Abkommens mit Kanada und des EU-Chile-Abkommens

vgl. Amtsblatt der Europäischen Union